



**Dr. Hahn & Christiansen**  
Rechtsanwälte in Kooperation

RA Dr. Thorsten Hahn  
Kieler Str. 72  
24119 Kronshagen  
Tel.: 0431/240010  
[recht@hahn-kiel.de](mailto:recht@hahn-kiel.de)  
[www.hahn-kiel.de](http://www.hahn-kiel.de)

RAin Ulrike Christiansen  
Lise-Meitner-Str. 2  
24941 Flensburg  
Tel.: 0461/5058053  
[recht@christiansen-fl.de](mailto:recht@christiansen-fl.de)  
[www.christiansen-fl.de](http://www.christiansen-fl.de)

Ausgabe: gewerbliche Mandanten  
2010

Nr. 3/

## Wirtschaftsrecht

### Schadenspauschalierung bei Nichtabnahme eines Neuwagens

Eine in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen eines Autohändlers enthaltene Klausel, wonach der Käufer eines Neuwagens bei Nichtabnahme verpflichtet ist, einen pauschalierten Schadensersatz von 10 Prozent des Kaufpreises zu zahlen, ist rechtlich nicht zu beanstanden. Die Klausel muss jedoch den Hinweis enthalten, dass der Käufer weniger Schadensersatz zahlen muss, wenn er einen geringeren Schaden des Verkäufers nachweisen kann.

Urteil des BGH vom 14.04.2010  
VIII 123/09  
BGH online

### Bedeutung einer Übernahmebestätigung bei Mietkauf

Bei einem Mietkauf oder Leasingvertrag liefert der Verkäufer den Vertragsgegenstand auf Anweisung des Mietverkäufers/Leasinggebers in der Regel direkt an den Mietkäufer/Leasingnehmer aus. Dabei ist es üblich, dass die Übernahme protokolliert wird und dabei insbesondere etwaige Mängel aufgenommen werden. Hierbei treffen den Mietkäufer/Leasingnehmer besondere Sorgfaltspflichten gegenüber seinem Vertragspartner.

Stellt er dem Lieferanten eine unrichtige Übernahmebestätigung aus, kann diese Pflichtverletzung Schadensersatzansprüche des Mietverkäufers/Leasinggebers auslösen, soweit dieser im Vertrauen auf die Richtigkeit der Übernahmebestätigung den Kaufpreis an den Lieferanten entrichtet hat und später seinen Rückzahlungsanspruch wegen Zahlungsunfähigkeit oder Vermögenslosigkeit des Lieferanten nicht verwirklichen kann.

Ein Mietverkäufer/Leasinggeber ist grundsätzlich nicht gehalten, den Mietkäufer über seine Sorgfaltspflichten sowie über die Haftungsfolgen aus der Abgabe einer

unrichtigen Übernahmebestätigung aufzuklären. Die Bedeutung einer Übernahmebestätigung kann bei einem Unternehmer als bekannt vorausgesetzt werden.

Urteil des BGH vom 24.03.2010  
VIII ZR 122/08  
Betriebs-Berater 2010, 1289

### Künftiger Industriemeister kann Zurückstellung vom Wehrdienst verlangen

Nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Neustadt (Weinstraße) sind Wehrpflichtige, die einen Kurs zur Vorbereitung auf die Industriemeisterprüfung besuchen, vom Wehrdienst zurückzustellen. Das Wehrpflichtgesetz soll nicht nur die Unterbrechung einer Erstausbildung verhindern, sondern auch von Meisterprüfungslehrgängen.

Urteil des VG Neustadt (Weinstraße) vom 22.02.2010  
3 K 1414/09.NW - Pressemitteilung des VG Neustadt

### Stillschweigender Gesellschaftsvertrag durch Tätigkeitsaufnahme

Vereinbaren Parteien im Rahmen eines Vorvertrags, ein bestimmtes Geschäftsmodell als Partner gemeinsam zu betreiben, kann nach einem Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main bereits in der Aufnahme der auf die Erreichung des Gesellschaftszwecks gerichteten Tätigkeit der stillschweigende Abschluss des Gesellschaftsvertrags für eine Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (GbR) oder eine Offene Handelsgesellschaft (OHG) gesehen werden.

Beschluss des OLG Frankfurt/Main vom 25.11.2009  
19 W 78/09 - MDR 2010, 397

---

## Wettbewerbsrecht

### Irreführendes „Zertifikat“

Ein Dienstleistungsunternehmen, das gegen Entgelt u.a. Hotels, Massagestudios oder Gaststätten auf die Einhaltung der gesetzlichen Hygienevorschriften prüfte und bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen dem Unternehmen ein Siegel verlieh, das als „Deutsches Hygienezertifikat“ bezeichnet wurde, ist vom Landgericht Berlin zur Unterlassung der Bewerbung und Verleihung des Zertifikats verurteilt worden.

Das Gericht hielt die von einem Verbraucherverband beanstandete Werbung für irreführend, da der Dienstleister den Eindruck erweckte, ein offizielles Hygieneinstitut würde Hygienestandards prämiieren. Das war aber gerade nicht der Fall, da für die „Auszeichnung“ von den Unternehmen lediglich die gesetzlich vorgeschriebenen Maßgaben verlangt wurden. Zusätzliche Qualitätskriterien gab es nicht. Dieser Eindruck wurde von dem Dienstleister aber durch die Verwendung des Siegels erweckt.

Urteil des LG Berlin vom 02.02.2010  
15 O 249/09  
WRP 2010, 672

### Irreführender Markenzusatz „®“

Fügt ein Hersteller auf der Verpackung eines Produkts seiner Marke den Zusatz „®“ bei, erwartet der Geschäftsverkehr, dass es auch eine exakt so registrierte Marke gibt. Ist dies nicht der Fall, ist in der Regel eine wettbewerbswidrige Irreführung anzunehmen.

Eine Irreführung kann jedoch dann ausgeschlossen sein, wenn die weiteren auf der Verpackung in englischer Sprache befindlichen Informationen des ausländischen Herstellers erkennen lassen, dass es sich um ein weltweit vertriebenes, nicht in Deutschland hergestelltes Erzeugnis handelt. Dann genügt es, wenn die Marken-

eintragung im Herstellungsland (hier Großbritannien) oder in einem anderen Vertriebsland (hier in den USA) erfolgt ist.

Urteil des OLG Köln vom 27.11.2009  
I-6 U 114 - GRURPrax 2010, 134

### BGH „beerdigt“ sog. Schubladenverfügung

Ist nicht ganz eindeutig, ob ein wettbewerbsrechtlicher Unterlassungsanspruch vor dem zuständigen Gericht durchsetzbar ist, wählten findige Anwälte oftmals den Weg einer sog. Schubladenverfügung. Ohne den vermeintlichen Rechtsverletzer zu informieren, reichten sie bei Gericht einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verbotensverfügung ein. Lehnte das Gericht den Antrag ab, wurde meist von einer weiteren Anspruchsverfolgung abgesehen. Gab es dem Antrag statt, erhielt die Gegenseite eine Abmahnung mit Unterlassungsaufforderung verbunden mit der Verpflichtung, auch die hierfür angefallenen Anwaltsgebühren zu bezahlen. Kam der Abgemahnte dem nach, war die Sache erledigt, ohne dass er von der gerichtlichen Verfügung erfuhr. Lehnte er die Unterwerfungserklärung ab, wurde ihm die gerichtliche Verfügung „präsentiert“.

Der Bundesgerichtshof schiebt diesem Vorgehen nun insofern einen Riegel vor, als er die Gebühren für die nachträgliche Abmahnung nicht mehr für erstattungsfähig erklärt. Ein Aufwendungsersatzanspruch nach § 12 Abs. 1 Satz 2 UWG besteht nur für eine Abmahnung, die vor Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens ausgesprochen wird. Damit dürfte das taktische Mittel der „Schubladenverfügung“ künftig kaum mehr zum Einsatz kommen.

Urteil des BGH vom 07.10.2009  
I ZR 216/07 - GRUR 2010, 257

---

## Miet- und Baurecht

### Architektenhonorar bei geplatzttem Bauvorhaben

Wie jeder andere Vertrag kann auch ein Architektenvertrag unter einer aufschiebenden Bedingung abgeschlossen werden. Dabei stellt sich die Frage, wer die Beweislast für die unbedingte Auftragserteilung trägt. Das Amtsgericht Krefeld hält in dem Fall, in dem der Auftraggeber behauptet, der Architektenvertrag stehe unter der aufschiebenden Bedingung, dass das Bauvorhaben auch realisiert werde, den Architekten für beweispflichtig, dass der Vertrag ohne eine solche Bedingung zustande gekommen ist.

Kann der Architekt den unbedingten Vertragsschluss nicht beweisen und ist er bereits tätig geworden, wie hier bei einer Bauvoranfrage, handelt es sich im Zweifel insofern um eine honorarfreie Akquisitionstätigkeit.

Urteil des AG Krefeld vom 10.03.2010  
2 C 29/08 - jurisPR-PrivBauR 6/2010, Anm. 6

### Kautio für Leasinggut nicht zu verzinsen

Die von einem Leasingnehmer hinterlegte Kautio (hier für einen Lkw) ist nur dann vom Leasinggeber zu verzinsen, wenn dies vertraglich vereinbart wurde. Eine im Rahmen eines Leasingvertrags geleistete Kautio ist nicht mit einer stets zu verzinsenden Mietsicherheit für eine gewerblich genutzte Mietimmobilie vergleichbar.

Die Verzinsung im Mietrecht soll dem Interesse des Mieters Rechnung tragen, wegen einer während der oft sehr langen Mietzeit fortschreitenden Geldentwertung wertmäßig nicht weniger zurückzuerhalten, als hinterlegt wurde. Bei einem Leasingvertrag dient die Kautio hingegen nur der Sicherung der vom Leasingnehmer geschuldeten, zeitlich feststehenden Vollamortisation.

Urteil des BGH vom 18.11.2009  
VIII ZR 347/08  
NZM 2010, 279

---

---

## Arbeits- und Sozialrecht

### Pauschale Abmahnung unwirksam

Eine arbeitsrechtliche Abmahnung soll für den Arbeitnehmer eine Warn- und Hinweisfunktion erfüllen. Sein Fehlverhalten soll ihm genau vor Augen geführt werden. Darüber hinaus muss dem Mitarbeiter ausdrücklich angekündigt werden, dass im Wiederholungsfall die Kündigung droht. Daher darf eine Abmahnung nicht pauschal formuliert sein. Sie muss das Fehlverhalten eines Mitarbeiters konkret benennen und genau darlegen, gegen welche Vorschrift der Arbeitnehmer verstoßen hat. Eine Rüge mit der Formulierung „Verstoß gegen die Verschwiegenheitspflicht“ ist zu allgemein und macht die Abmahnung unwirksam.

Urteil des LAG Düsseldorf vom 24.07.2009  
9 Sa 194/09 - NZA-RR 2010, 52

### Vorgeschobene Befristung wegen vorübergehenden Bedarfs

Das Bundesarbeitsgericht verneint das Vorliegen eines sachlichen Grundes für die Befristung eines Arbeitsvertrags wegen eines nur vorübergehenden Bedarfs an der Arbeitsleistung, wenn dem Arbeitnehmer Daueraufgaben übertragen werden, die vom Stammpersonal wegen einer von vornherein unzureichenden Personalausstattung nicht erledigt werden können. Stellt sich das Fehlen eines sachlichen Grundes für eine Befristung heraus, gilt das Arbeitsverhältnis als unbefristet abgeschlossen.

Urteil des BAG vom 17.03.2010  
7 AZR 640/08  
jurisPR-ArbR 22/2010, Anm. 1

### Kündigung nach verweigertem Deutschkurs

Ein Unternehmen der Automobilzuliefererindustrie mit ca. 300 Arbeitnehmern stellte fest, dass ein in Spanien geborener und aufgewachsener Produktionshelfer Arbeits- und Prüfanweisungen nicht lesen konnte. In der Stellenausschreibung war die Kenntnis der deutschen Sprache in Wort und Schrift verlangt worden. Der Vorgesetzte forderte den ausländischen Mitarbeiter mehrmals auf, seine Deutschkenntnisse zu verbessern, was

dieser verweigerte. Daraufhin sprach der Arbeitgeber die angedrohte Kündigung aus.

Das Bundesarbeitsgericht sah in der Kündigung keine unzulässige Diskriminierung des ausländischen Arbeitnehmers. Ist es aus Gründen der Qualitätssicherung erforderlich, dass der Gekündigte schriftliche Arbeitsanweisungen lesen kann und hat ihm der Arbeitgeber ausreichend Gelegenheit zum notwendigen Spracherwerb gegeben, kann er das Arbeitsverhältnis beenden, wenn sich der Arbeitnehmer beharrlich weigert, seine Deutschkenntnisse in dem für die Arbeit benötigten Maß zu verbessern.

Urteil des BAG vom 28.01.2010  
2 AZR 764/08 - Der Betrieb 2010, 1071

### Keine Weihnachtsgratifikation bei langer Krankheit

Ein Arbeitgeber darf die Höhe einer Weihnachtsgratifikation davon abhängig machen, wie lange ein Arbeitnehmer tatsächlich gearbeitet hat. Das Bundesarbeitsgericht hielt es danach für zulässig, dass einer Mitarbeiterin, die über ein halbes Jahr krankheitsbedingt gefehlt hat, die Sonderzahlung verweigert wurde.

Urteil des LAG Rheinland-Pfalz vom 26.03.2010  
6 Sa 723/09  
Wirtschaftswoche Heft 22/2010, 109

### Enger zeitlicher Zusammenhang zwischen Arbeitslosengeldbezug und Existenzgründung

Ein arbeitsloser Existenzgründer hat Anspruch auf einen Gründungszuschuss, wenn zwischen Arbeitslosengeldbezug und Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit ein enger zeitlicher Zusammenhang besteht. Das Bundessozialgericht hält einen Zeitraum von vier Wochen zwischen Abmeldung vom Arbeitslosengeld und Start der Selbstständigkeit noch für unschädlich.

Urteil des BSG vom 05.05.2010  
B 11 AL 11/09 R  
NWB 2010, 1586

---

## Bankrecht

### Keine Bankgebühren für Benachrichtigung über verweigerte Scheckeinlösung

Lässt eine Bank einen Scheck platzen, darf sie dem Kunden für die Benachrichtigung von der Nichteinlösung keine Gebühren in Rechnung stellen. Bei der Nichteinlösung handelt es sich - so das Oberlandesgericht Hamm - um eine „Kredit-Entscheidung“, welche die Bank allein im eigenen Interesse trifft und die deswegen keine Gebühren nach sich ziehen darf.

Urteil des OLG Hamm vom 21.09.2009  
31 U 55/09 - Pressemitteilung des OLG Hamm

### Täuschung bei kreditfinanziertem Fondsbeitrag

Beim finanzierten Beitritt zu einem Immobilienfonds, bei dem Kreditvertrag und Fondsbeitrag ein sog. Verbundgeschäft darstellen, kann der Anleger gegenüber der finanzierenden Bank nur dann die Kreditrückzahlung verweigern, wenn er vom Finanzberater durch eine vorsätzlich falsche Angabe zum Erwerb der Fondsbeteiligung bewogen wurde.

Urteil des OLG Brandenburg vom 02.12.2009  
4 U 28/09 - GWR 2010, 39

---

## Online- und Medienrecht

### Keine Vermischung von Widerrufsbelehrung und AGB

Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen eines Internethändlers enthielten unter dem Punkt „Widerrufsrecht“ folgende Formulierung: „Sie haben die Kosten der Rücksendung zu tragen, wenn die gelieferte Ware der bestellten entspricht und wenn der Preis der zurückzusendenden Sache einen Betrag von 40 Euro nicht übersteigt oder wenn Sie bei einem höheren Preis der Sache zum Zeitpunkt des Widerrufs noch nicht die Gegenleistung oder eine vertraglich vereinbarte Teilzahlung erbracht haben.“

Das Oberlandesgericht Hamm beanstandete zwar nicht den Inhalt der Regelung, aber den Umstand, dass dem Verbraucher die Kostentragungspflicht im Rahmen der Widerrufsbelehrung praktisch untergeschoben wurde. Durch die Vermischung von gesetzlich vorgeschriebener Widerrufsbelehrung und vertraglicher Regelung der Rücksendekosten muss der Verbraucher denken, dass die Tragung der Kosten eine gesetzlich vorgeschriebene Folge des Widerrufs ist. Dies trifft aber nicht zu.

Urteil des OLG Hamm vom 02.03.2010  
4 U 174/09 - Pressemitteilung des OLG Hamm

### Haftung beim „Twittern“ für fremde Inhalte

Beim sogenannten Twittern können die Benutzer kurze, SMS-ähnliche Textnachrichten veröffentlichen und anderen Internetnutzern zugänglich machen. Derartige Nachrichten können auch Hyperlinks enthalten, um auf besondere Internetseiten hinzuweisen. Hierbei ist jedoch Vorsicht geboten. Das Twittern von Hyperlinks zu Webseiten Dritter, welche rechtsverletzende Aussagen oder Urheber- bzw. Markenrechtsverletzungen enthalten, kann rechtswidrig sein, wenn der Absender die Rechtswidrigkeit der von ihm verlinkten Inhalte kennt oder sie sich ihm hätten aufdrängen müssen.

Beschluss des LG Frankfurt/Main vom 20.04.2010  
3-08 O 46/10 - TRB 2010, 122

### Preisunterschiede auf Angebotsseite und Preissuchmaschine

Ein Internethändler, der seine Produkte in Preissuchmaschinen bewirbt, muss die Waren auch im eigenen Shop-System zu dem in der Preissuchmaschine angegebenen Preis anbieten bzw. darauf achten, dass Preisänderungen dort umgehend umgesetzt werden.

Dieser Verpflichtung kann sich der Händler auch nicht durch den bei der Preissuchmaschine erscheinenden Zusatz „Alle Angaben ohne Gewähr“ entziehen. Passt der Internethändler eine auf seiner Angebotsseite durchgeführte Preiserhöhung nicht umgehend in der Preissuchmaschine an, handelt er wettbewerbswidrig und kann auf Unterlassung in Anspruch genommen werden.

Urteil des BGH vom 11.03.2010  
I ZR 123/08 - Pressemitteilung des BGH

### Zugang einer Telefaxnachricht

Immer wieder kommt es in Zivilprozessen auf die Frage an, ob ein von einer Prozesspartei der anderen zugesendetes Telefax zugegangen ist. Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main pflichtet einer früheren Entscheidung des Bundesgerichtshofs insoweit bei, wonach aus dem „OK“-Vermerk im Sendebericht nicht ohne weiteres auf den Zugang am Faxgerät des Empfängers geschlossen werden kann.

Der „OK“-Vermerk auf dem Sendebericht beweist allerdings das Zustandekommen der Verbindung mit der Gegenstelle. Daher kann in diesem Fall generell davon ausgegangen werden, dass die Faxübertragung im Speicher des Empfangsgerätes angekommen ist, sofern der Empfänger nicht das Vorliegen einer technischen Störung (z.B. Papierstau) nachweisen kann.

Urteil des OLG Frankfurt/Main vom 05.03.2010  
19 U 213/09  
IBR 2010, 267

---

## Steuerrecht

### Erbschaftssteuernachzahlung bei Insolvenz binnen fünf Jahren

Die Insolvenz eines ererbten Unternehmens kann für den Erben nachträglich äußerst nachteilige Folgen hinsichtlich der zu tragenden Erbschaftsteuer haben. Erbschaftsteuerrechtliche Vergünstigungen bleiben dem Erben nämlich nur dann erhalten, wenn er den Betrieb mindestens fünf Jahre fortführt.

Kann der Erbe dies nicht, muss er die ihm ursprünglich erlassene Erbschaftsteuer nachzahlen. Dies gilt auch im Falle einer (unverschuldeten) Insolvenz.

Urteil des BFH vom 04.02.2010  
II R 25/08  
DStR 2010, 805

### Teilnahme an Delegationsreise von Regierungsmitgliedern

Nach einem Urteil des Bundesfinanzhofs kann ein Unternehmer die Reisekosten für die Teilnahme an einer offiziellen Delegationsreise von Regierungsmitgliedern und einem angeschlossenen Kongress (hier World Economic Forum) als Betriebsausgaben steuermindernd geltend machen.

Entscheidend ist, dass die Reise überwiegend beruflich veranlasst war (z.B. Anbahnung von Geschäftskontakten). Eine Aufteilung der Kosten in einen geschäftlichen und privaten Anteil ist dann nicht vorzunehmen.

Urteil des BFH vom 09.03.2010  
VIII R 32/07 - Der Betrieb 2010, 1266